

Bauwirtschaft und Baustoffindustrie

Investitionen stärken – Wachstum sichern



bbs die baustoffindustrie

Bundesverband Baustoffe –
Steine und Erden e.V.

Bauwirtschaft und Baustoffindustrie

Eine starke Investitionstätigkeit ist der Schlüssel zu langfristigem Wachstum und stabiler Beschäftigung. Sie trägt dazu bei, Ungleichgewichte in der Eurozone abzubauen. In Deutschland wird im internationalen Vergleich zu wenig investiert – auch im Baubereich. Mit Neubau und Sanierung von Immobilien und Infrastruktur sowie den vor- und nachgelagerten Leistungen spielt die **Wertschöpfungskette Bau**, die neben der Bauwirtschaft auch Branchen wie die Baustoffindustrie und den Immobiliensektor umfasst, eine zentrale Rolle für Wirtschaft und Gesellschaft.

- Die Wertschöpfungskette Bau ist für die gesamte Volkswirtschaft von größter Bedeutung. Mit ihren mehr als 3,5 Mio. Beschäftigten trägt sie über 10 Prozent zur Wirtschaftsleistung Deutschlands bei.
- Bauinvestitionen erzeugen durch ihre binnenwirtschaftliche Ausrichtung unmittelbar Impulse in anderen Wirtschaftsbereichen und sind so ein Schlüssel für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung.

Eine starke **Investitionstätigkeit** ist notwendig, um durch die Erneuerung des Kapitalstocks den Wohlstand künftiger Generationen zu sichern und im Standortwettbewerb mit Industrie- und Schwellenländern zu bestehen.

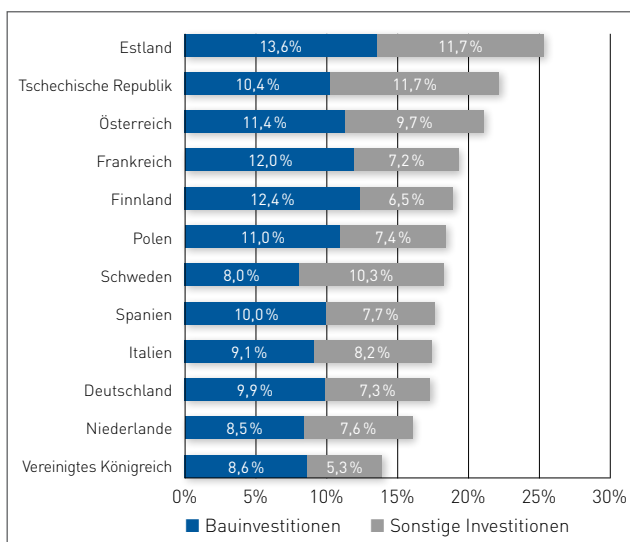
- Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten, ist eine bedarfsgerecht ausgebaute Infrastruktur zwingende Voraussetzung. Dies gilt für die Verkehrswege, aber auch für Schulen, Trink- und Abwassernetze sowie viele weitere Bereiche. So sind für den Erfolg der Energiewende massive Anstrengungen im Ausbau der Anlagen und Netze sowie für die energetische Sanierung von Immobilien notwendig.

- Nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) zieht eine Erhöhung der Bauinvestitionen um 1 Mrd. Euro eine gesamtwirtschaftliche Produktionssteigerung um insgesamt 2,4 Mrd. Euro sowie eine Zunahme der Beschäftigung um mehr als 20.000 Personen nach sich. In der Folge werden für die öffentliche Hand Mehreinnahmen aus Steuern und Abgaben von mehr als 400 Mio. Euro generiert.

Die **Baustoffindustrie** ist als Zulieferer elementarer Bestandteil und zugleich Innovationsmotor der Wertschöpfungskette Bau. Sie setzt mit ihren Produkten wesentliche Impulse für modernes, umweltgerechtes und energieeffizientes Bauen.

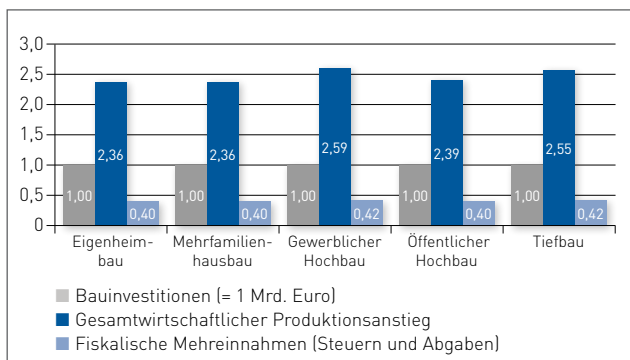
- Kennzeichnend für die Branche mit ihren rund 145.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mehr als 30 Mrd. Euro ist der strukturelle Mix aus industriellem Mittelstand und Großunternehmen.
- Die 4.000 Unternehmen der Branche gewinnen jährlich rund 600 Mio. Tonnen mineralische Rohstoffe und verarbeiten diese zu modernen Baustoffen. Zur Ressourcenschonung setzt die Baustoffindustrie pro Jahr zudem rund 90 Mio. Tonnen Sekundärrohstoffe ein, die aus Bauabfällen, aber auch aus industriellen Prozessen stammen. Derzeit werden mehr als 90 Prozent der anfallenden Bauabfälle verwertet.

Investitionstätigkeit in Europa: Anteil der Bau- und sonstigen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt (2013)



Quelle: Eurostat

Gesamtwirtschaftliche Effekte zusätzlicher Bauinvestitionen in Mrd. Euro



Quelle: RWI (Untersuchung zu Multiplikator- und Beschäftigungseffekten von Bauinvestitionen, 2011)

Wohnungsbau

Fast 60 Prozent der gesamten Bauinvestitionen entfallen auf den Wohnungsbau, wobei rund $\frac{3}{4}$ der Wohnungsbau-tätigkeit in Modernisierungsleistungen besteht. Nach jahrelangen Rückgängen ziehen die Fertigstellungen im **Wohnungsneubau** – insbesondere im gehobenen Segment – seit 2010 wieder deutlich an. Gleichwohl besteht regional, auch angesichts steigender Zuwanderung aus dem In- und Ausland in die Ballungszentren, Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Dies spiegelt sich in teilweise erheblich anziehenden Miet- und Kaufpreisen wider. Daher ist insbesondere im unteren und mittleren Preissegment eine Ausweitung des Wohnungsneubaus erforderlich.

- Um Knappheit vorzubeugen, sind Anreize für mehr Wohnungsneubau notwendig. Wirksam wäre hier insbesondere die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen im Mietwohnungsbau durch die Erhöhung der linearen AfA auf 4 Prozent oder die Wiedereinführung degressiver Abschreibungssätze.
- Eine rein ordnungsrechtliche Deckelung von Neuvertragsmieten könnte sich mit Blick auf die gewünschte Dämpfung des Mietpreisanstiegs kontraproduktiv, weil investitionshemmend auswirken. Um die negativen Wirkungen einer „Mietpreisbremse“ zu begrenzen, wäre parallel zumindest auch die Setzung starker Anreize für Wohnungsneubau und -sanierungen erforderlich.

Rund 40 Prozent des deutschen Energieverbrauchs entfallen auf den Gebäudesektor. Damit sind die Steigerung der Energieeffizienz und die **Sanierung von Immobilien** die Schlüssel zur Umsetzung der Energiewende. Um allerdings die Sanierungsquote – wie von der Bundesregierung angestrebt – auf 2 Prozent jährlich zu verdoppeln, müssen deutlich bessere Anreize gesetzt werden.

- Die angestrebte Aufstockung des KfW-Gebäudesanierungsprogramms über das 2013 erreichte Niveau von 1,8 Mrd. Euro hinaus ist zu begrüßen. Zusätzlich könnte die Einführung einer steuerlichen Förderung in der Breite mehr Investitionen in die Gebäudesanierung auslösen.
- Die Vorgaben der Energieeinsparverordnung sollten so ausfallen, dass dadurch Investitionsbereitschaft und Innovationen gefördert werden. Das Wirtschaftlichkeitsgebot ist in jedem Fall einzuhalten.

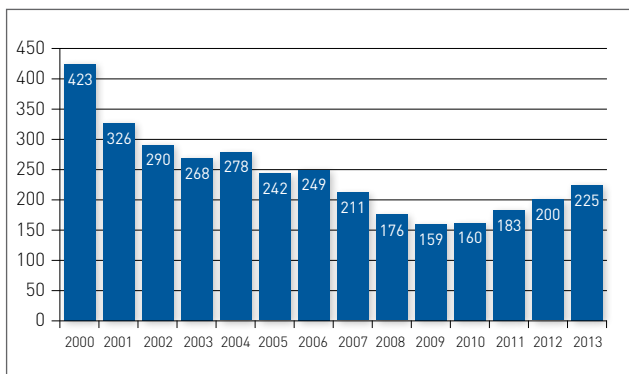
Insbesondere bei veralteten Wohnungen der 50er und 60er Jahre kann der **Ersatzneubau** eine sinnvolle Alternative zur klassischen Sanierung sein. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn gleichzeitig Grundrissänderungen – etwa im Hinblick auf barrierearmes Wohnen – umgesetzt werden sollen.

- Um Abriss und Neubau dort, wo es sinnvoll ist, diskriminierungsfrei zu ermöglichen, sollte der Ersatzneubau förderrechtlich mit der energetischen Modernisierung gleichgestellt werden.
- Zudem sollte das Baurecht so angepasst werden, dass Ersatzneubauten nicht durch überzogene städtebauliche Anforderungen benachteiligt werden. Dies gilt etwa im Hinblick auf die Bereitstellung von PKW-Stellplätzen bei Neubauten.

Politischer Handlungsbedarf:

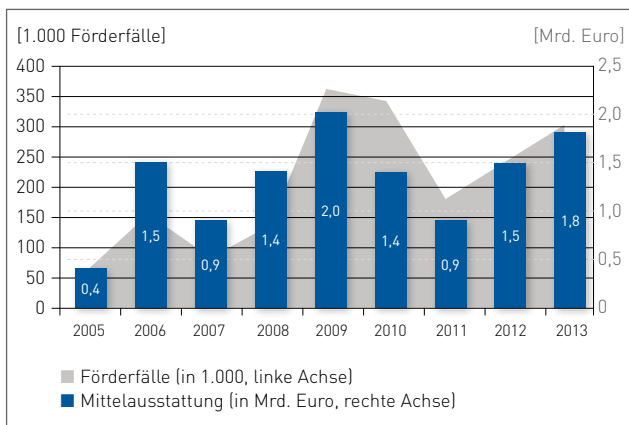
- Schaffung stärkerer steuerlicher Anreize für den Mietwohnungsneubau und für energetische Sanierungen
- Beachtung des Wirtschaftlichkeitsgebotes im Energieeinsparrecht
- Gleichberechtigte Einbeziehung des Ersatzneubaus in die Sanierungsförderung

Wohnungsfertigstellungen in Deutschland in 1.000 Einheiten



Anmerkung: Fertigstellungen in neuerrichteten und bestehenden Gebäuden
Quelle: Statistisches Bundesamt; 2013: Schätzung

CO₂-Gebäudesanierungsprogramm: Förderfälle und Mittelausstattung seit 2005



Quelle: Bundesregierung, KfW

Infrastruktur

Die Infrastruktur in Deutschland verfällt. Bei den Investitionen der öffentlichen Hand rangiert Deutschland im internationalen Vergleich auf den hinteren Plätzen. Bereits seit 2003 liegen die **öffentlichen Investitionen** durchgängig unterhalb der Abschreibungen. Dabei ist das Industrieland Deutschland im Standortwettbewerb mit anderen Ländern auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen.

- Hohe Investitionen etwa bei Verkehrswegen und Bildungseinrichtungen sind unverzichtbar, um künftigen Wohlstand zu sichern.
- Der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt sollte in Deutschland zumindest auf den Durchschnitt der anderen Industrieländer gesteigert werden.

Die deutsche Wirtschaft ist wegen ihrer vielfältigen Lieferbeziehungen auf einen reibungslosen Güteraustausch angewiesen. Bereits seit Jahren nimmt der Güterverkehr stärker zu als die Wirtschaftsleistung, während die Investitionen in die Verkehrswege real rückläufig sind. Die von der Bundesregierung 2011 eingesetzte Daehre-Kommission hat ermittelt, dass für den Erhalt der **Bundesverkehrswege** rund 14 Mrd. Euro pro Jahr investiert werden müssten – über 3 Mrd. Euro mehr, als in den vergangenen Jahren im Durchschnitt investiert wurde.

- Die von der Bundesregierung vorgesehene Aufstockung der Haushaltsmittel für die Bundesverkehrswege um insgesamt 5 Mrd. Euro im Zeitraum 2014 bis 2017 stellt zwar eine Verbesserung dar. Auch aufgrund des hohen Nachholbedarfs wird diese Summe aber nicht ausreichen. Daher muss die Nutzerfinanzierung durch die Ausweitung der LKW-Maut und ggf. die Einführung einer PKW-Maut weiterentwickelt werden.

- Um überjährige Planungssicherheit sowie die Zweckbindung der Mautmittel zu gewährleisten, sollte die Verkehrswegefinanzierung auf Infrastrukturfonds, die durch Haushaltsmittel und Nutzerabgaben gespeist werden, umgestellt werden.

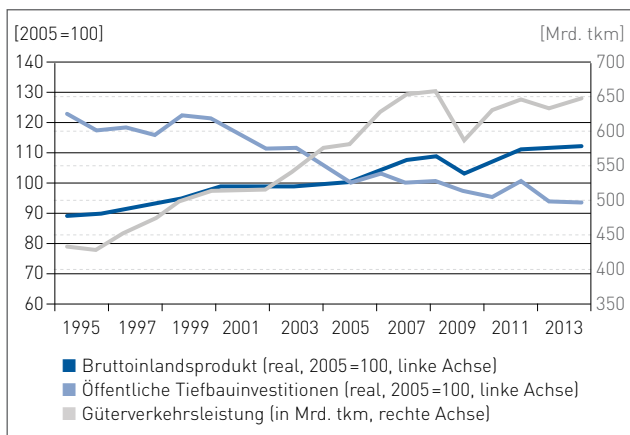
Im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge spielt die **kommunale Infrastruktur** eine zentrale Rolle. Rund 60 Prozent der staatlichen Bauinvestitionen entfallen auf die Städte und Gemeinden. Allerdings wächst der Investitionsstau in vielen Bereichen der kommunalen Infrastruktur massiv an. Auch wegen des Anstiegs der kommunalen Sozialausgaben steht weniger Geld für investive Zwecke zur Verfügung.

- Die von der Bundesregierung beabsichtigte Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben muss konsequent umgesetzt werden, um den Investitionsspielraum der Städte und Gemeinden zu vergrößern.
- Durch Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) konnten in der Vergangenheit bereits zahlreiche kommunale Projekte wirtschaftlich sinnvoll realisiert werden. Die verstärkte ÖPP-Nutzung kann einen Beitrag dazu leisten, den kommunalen Investitionsstau abzubauen.

Politischer Handlungsbedarf:

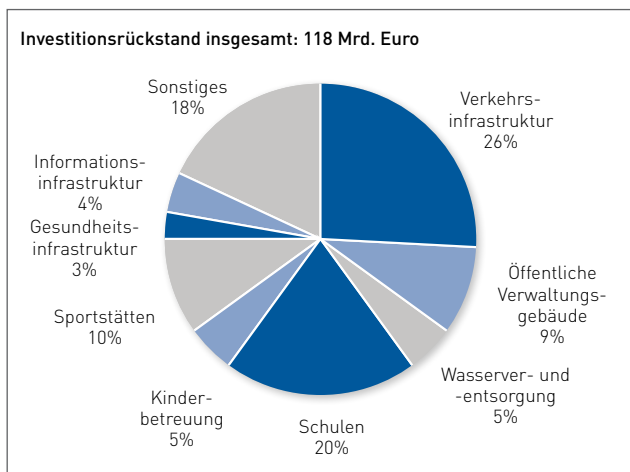
- Sicherstellung bedarfsgerechter Investitionen in die öffentliche Infrastruktur durch Bund, Länder und Kommunen
- Stärkere Nutzerfinanzierung im Bereich der Bundesverkehrswege, Umstellung der Verkehrswegefinanzierung auf Bundesebene durch überjährig ausgestattete Infrastrukturfonds
- Verlässliche Investitionsbedingungen durch effiziente und transparente Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren

Entwicklung des Güterverkehrs, des öffentlichen Tiefbaus und des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt, BMVI

Kommunaler Investitionsrückstand 2013



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2014





**Bundesverband Baustoffe –
Steine und Erden e.V.**

Kochstraße 6-7

10969 Berlin

Tel: +49 (0) 30/726 19 99-0

www.baustoffindustrie.de

Herausgeber

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.

Verantwortlich

Michael Basten

Redaktion

Christian Engelke, Susanne Hoffmann, Tanja Lenz

Gestaltung

ServiceDesign, Heidelberg

Fotonachweis

Titel: Xella Aircrete Systems GmbH

Bilderseite oben: Langerak, biq stadsontwerp, Rotterdam;

Foto Stefan Müller, Berlin (Einreichung Fritz-Höger-Preis 2011)

Bilderseite Mitte: Fotolia.com, Glaser

Bilderseite unten: Christian Engelke

Druck

Druckwerkstatt Lunow, Berlin

Berlin, 2014